



„Das Virus verzeiht kein Zögern“

Der Bundestag liefert sich nach dem Appell der Kanzlerin einen heftigen Schlagabtausch zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat zur Eile bei der bundesweiten Corona-Notbremse aufgerufen. „Jeder Tag früher, an dem die Notbremse bundesweit angewandt ist, ist ein gewonnener Tag“, sagte Merkel mit Blick auf die drohende Überlastung der Krankenhäuser. Im Bundestag entzündete sich eine hitzige Debatte an den geplanten Ausgangsbeschränkungen ab 21 Uhr. Zuvor appellierte Merkel, die am Freitag mit Astrazeneca geimpft wurde: „Das Virus verzeiht keine Halbherzigkeiten. Das Virus verzeiht kein Zögern, es dauert alles nur noch länger. Das Virus lässt nicht mit sich verhandeln, es versteht nur eine einzige Sprache, die Sprache der Entschlossenheit.“

Im Bundestag wird nun fieberhaft über Details des geplanten Gesetzes verhandelt. Am Mittwoch soll es beschlossen werden. Kurz darauf soll der Bundesrat sein Votum abgeben. Kontaktbeschränkungen sollen in Kreisen und Städten ab einer Inzidenz von 100 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnern in einer Woche greifen. Am Donnerstag hatten 351 von 412 Kreisen die Schwelle überschritten.

„Die Intensivmediziner senden einen Hilferuf nach dem anderen – wer sind wir denn, wenn wir diese Notrufe überhören würden?“, sagte Merkel. Die Ärzte und Pflegekräfte könnten den Kampf allein nicht gewinnen. Merkel ordnete das Gesetz als Schritt in Richtung Überwindung der Pandemie ein. „Die Notbremse ist also das Instrument, die drohende Überlastung unseres Ge-

sundheitswesens zu verhindern. Systematisches Testen ist das Mittel bei niedrigeren Inzidenzen, um konsequente, nachhaltige Öffnungen zu ermöglichen. Impfen ist der Schlüssel, die Pandemie zu überwinden.“ Mit Blick auf den Frühjahrs-Lockdown 2020 sagte Merkel: „Wir haben es doch schon einmal geschafft, wir können es jetzt wieder schaffen.“ Die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland helfe bereits unverändert durch Einhaltung der Schutzmaßnahmen mit.

Trotz kritischer Haltung versicherte auch FDP-Chef Christian Lindner der Koalition Zustimmung für eine größere Rolle des Bundes.

„Es ist richtig, dass nun bundeseinheitlich gehandelt wird“, sagte er. AfD-Fraktionschefin Alice Weidel sprach indes von einem Angriff auf Grund- und Freiheitsrechte. „Sie misstrauen den Bürgern, deshalb wollen Sie sie tagsüber gängeln und nachts einsperren“, sagte Weidel. Die Regierung nutze die Corona-Krise, um sonst unmögliche Eingriffe durchzusetzen. Weidel sprach von „Notstandsgesetzgebung durch die Hintertür“.

Grüne und Linke warfen der Regierung außerdem vor, das Wirtschaftsleben in dem Gesetz nicht ausreichend zu berücksichtigen. In der Wirtschaft gebe es faktisch null Beschränkung, kritisierte der Lin-

ken-Politiker Klaus Ernst. Linksfraktionschef Dietmar Bartsch warf der Regierung Scheitern vor. „Wir haben seit November einen permanenten Halb-Lockdown, und Sie sind immer noch nach der Welle.“ Bartsch stellte raschere Fortschritte beim Impfen wie in den USA und eine nationale Teststrategie als Lösungen dagegen. Unionsfraktionsvize Thorsten Frei (CDU) entgegnete: „Das ist an Linkspopulismus nicht zu überbieten.“ Auch mehrere andere Abgeordnete der Koalition betonten, das Gesetz sei wichtig.

Mit Blick auf die geplanten Ausgangsbeschränkungen kündigte Lindner Vorschläge an, das Gesetz „verfassungsfest“ zu machen. Die

FDP werde vors Bundesverfassungsgericht ziehen, wenn auf die Bedenken nicht eingegangen werde. Bisher sei geplant, „dass ein geimpftes Ehepaar aufgrund eines Ausbruchs kilometerweit entfernt daran gehindert wird, allein nach 21 Uhr vor die Tür zu treten zum Abendspaziergang“. Merkel verteidigte die Pläne. Andere Staaten hätten solche Maßnahmen „zum Teil erheblich restriktiver“ praktiziert. „Es geht darum, abendliche Besuchsbewegungen von einem Ort zum anderen – im Übrigen auch unter Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs – zu reduzieren.“ SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach sagte: „Es wird al-

lein nicht reichen, aber in keinem Land ist es gelungen, eine Welle mit der Variante B.1.1.7 noch einmal in den Griff zu bekommen, ohne dass man nicht auch das Instrument der Ausgangsbeschränkung genutzt hätte.“

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte: „Erst ab einer Inzidenz von 200 zu handeln, ist zu spät“, das sei kein Schutz für Schüler und kein Schutz für Eltern. Geplant ist, dass Schuller in Kreisen und Städten mit mehr als 200 Corona-Neuinfektionen pro Woche und 100 000 Einwohnern keinen Präsenzunterricht mehr anbieten. Ab einer Inzidenz von 100 soll es bei Präsenzunterricht zwei Corona-Tests pro Woche geben. „Wir wissen, dass die Mutation jetzt sehr stark Kinder betrifft, dass die Kinder ihre Eltern anstecken“, sagte Göring-Eckardt. Sie fordert entsprechende Nachbesserungen beim Gesetz. Zugleich kritisierte sie, dass es nicht schon schneller auf den Weg gebracht wurde.

Derweil hat sich die Lebenszufriedenheit vieler Bürger in der Pandemie laut einer Umfrage in einigen Bereichen verbessert. So schätzen zahlreiche Erwachsene ihre Gesundheit wie ihren Schlaf als deutlich besser ein, wie Daten des „Sozio-oekonomischen Panels“ mit mehr als 6500 Menschen zeigen, die im April und Juni 2020 sowie Januar 2021 befragt wurden. Etwa Anfahrtswege zur Arbeit entfielen. Einbußen gibt es demnach bei Freizeit und Familienleben.

Martina Herzog/
Basil Wegener/Jörg Ratzsch



„In der Praxis bedeutet das, dass ein geimpftes Ehepaar aufgrund eines Ausbruchs kilometerweit entfernt daran gehindert wird, allein nach 21 Uhr vor die Tür zu treten zum Abendspaziergang.“

FDP-Fraktionschef Christian Lindner



„Sie misstrauen den Bürgern, deshalb wollen Sie sie tagsüber gängeln und nachts einsperren. Ausgangsperren sind unverhältnismäßig und verfassungswidrig.“

AFD-Fraktionschefin Alice Weidel



„Von der AfD habe ich nichts anderes erwartet. Aber das Gesetz, das wir heute diskutieren, ist nicht genug. Es kommt jetzt auf jeden Tag an.“

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt



„Nicht die Ministerpräsidenten sind das Problem, sondern es sind die Minister von CDU und CSU im Bund. Sie haben hier schlecht regiert. Deshalb ist die Lage so, wie sie ist.“

Linksfraktionschef Dietmar Bartsch

Was bringen Ausgangsperren?

Am Beispiel Mainz zeigt sich, wie fragwürdig der Erfolg dieser Maßnahme ist

Als die Landeshauptstadt Mainz am 1. April eine Ausgangsperre zwischen 21 und 5 Uhr verhängte, lag die Sieben-Tage-Inzidenz bei 121. 16 Tage später, als die Ausgangsperre gerichtlich gestoppt wurde, war die Inzidenz schon bei 199. Das Interessante: Mainz hatte am 1. April die vom Land verordnete Notbremse zwischen 21 und 5 Uhr verhängt, lag die Sieben-Tage-Inzidenz über 100 gezogen, doch im Grunde änderte sich nicht viel. Die Geschäfte waren bereits seit dem 15. März zu, möglich war nur noch Terminshopping. Garten- und Baumärkte blieben ebenso offen wie die Wochenmärkte und die Friseure, die Schulen blieben im Wechselunterricht, die Kitas geöffnet. Allein die Außengastronomie musste schließen – nach nur einer Woche.

Die einzige wirklich einschneidende Maßnahme nach dem 1. April war also die nächtliche Ausgangsperre, das zog prompt harsche Kritik nach sich: „Unter Verdacht gerät, wer nachts spazieren geht“, kritisierte die Mainzer Linke – das sei völlig unverhältnismäßig und werde eher dazu führen, „dass sich Menschen doch in ihren Wohnungen treffen, wo das Infektionsrisiko höher ist“. Das unterstrichen auch Aerosolforscher, die warnten: Die Ansteckungsgefahr lauere drinnen und nicht im Freien.

Es gehe doch nicht um den Spaziergang im Freien oder „um die Debatte: Ist draußen schlimmer als drinnen?“, wehrte der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) noch am Donnerstag ab: „Es geht um Risikominimierung und Kontaktvermeidung – die Men-



Wenn die Menschen nachts nicht unterwegs sind, verringert sich die Infektionsgefahr – das ist die Idee hinter der Ausgangsperre. Foto: Adobe Stock

schen sollen sich nicht treffen.“ Bleibt die Frage, ob das gelingt. In Mainz mehrten sich Berichte über vorgezogene Treffen am frühen Abend oder gar über nächtliche Partys, wo man dann eben beim Gastgeber übernachtete.

Polizei und Ordnungsamt teilten mit, man kontrolliere vor allem Parks, Plätze und übliche Treffpunkte – mehr gehe nicht. Bei der Mainzer Polizei hieß es zudem, bei Kontrollen hätten mehr als 90 Prozent einen triftigen Grund gehabt,

draußen unterwegs zu sein, meist aus beruflichen Gründen. Beim Mobilitätsmonitor des Robert Koch-Instituts heißt es dazu, nachts finde 10 bis 12 Prozent der Mobilität statt – der Löwenanteil liege am Tag.

Trotz der weitaus höheren Infektionsgefahr in Innenräumen bleibe die Arbeitswelt aber von weitgehenden Einschränkungen verschont, kritisierte die Mainzer Linke – Junge Union (JU) und FDP sprangen ihr bei: Die Stadt Mainz versäume es doch seit Monaten, bestehende Corona-Regeln effektiv zu kontrollieren oder in der eigenen Verwaltung konsequent Homeoffice einzuführen, kritisierte die JU. Treffen in privaten Räumen seien doch schon „seit Monaten stark reguliert“, sagte FDP-Kreis- chef David Dietz, eine Ausgangsperre sei unverhältnismäßig, so-

lange andere Mittel nicht ausgeschöpft seien.

Der jetzige Peak in den Zahlen sei wohl die Konsequenz aus Treffen an Ostern, vermutet der Chef des Gesundheitsamtes Mainz-Bingen, Dietmar Hoffmann – da galt die Ausgangsperre schon. Sie sei „eine von vielen Maßnahmen“, eine allein greife nicht, sagte Hoffmann auch, doch der Politik gehen die Optionen aus. Am Montag schließt Mainz die weiterführenden Schulen und reduziert die Kitas auf den Notbetrieb. Wolle man Mobilität weiter reduzieren, „geht das nur, wenn wir auch im Wirtschaftsbereich Mobilität brechen“, sagte Ebling. Hoffmann meinte: Es sei womöglich „einer der größten Fehler der Pandemie gewesen, dass die Osterruhe nicht vollzogen wurde.“ Gisela Kirschstein